



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Orbansaal, Bergbräustraße 1		Sitzung-Nr.: KBA/06/2023
Sitzungsdatum: Dienstag, 21.11.2023	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:22 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	online
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Lukas Rehm	in Vertretung für Stadtrat Lipp
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|------|--|---|
| 1 . | Aktuelle Information zum Kulturgesehen | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 2 . | Sachstandsbericht Festsaal Stadttheater
(Mündlicher Bericht: Herr Engert) | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 3 . | Sachstandsbericht MKKD | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 4 . | Sachstandsbericht Grundschule Hundszell
(Mündlicher Bericht: Herr Hoffmann) | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 5 . | Ausstellungen 2024
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0932/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 6 . | Änderung der Satzung über die Gebühren der Simon-Mayr-Sing- und Musikschule der Stadt Ingolstadt
(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)
Vorlage: V0784/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 7 . | Gebührenberichte für die kostenrechnenden Einrichtungen; Technikerschule, Mittags- und Randbetreuungen der Schulen in Sachaufwandsträgerschaft der Stadt Ingolstadt, Simon-Mayr-Sing- und Musikschule, Stadttheater, Städtische Kindertageseinrichtungen
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0794/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 8 . | Einrichtung Stadtteilbücherei Nord-West im Piusviertel
Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 17.07.2023
Vorlage: V0713/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| . | Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0801/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 9 . | Neuausrichtung der Vergabe des Jazzförderpreises Änderungen der Geschäftsordnung für den Kulturbeirat der Stadt Ingolstadt Änderungen der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen
(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)
Vorlage: V0904/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 10 . | Christoph-Scheiner-Gymnasium, Hartmannplatz 1 Sanierung Doppelturnhalle nach Wasserschaden - Projektgenehmigung
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V1028/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 11 . | Bauinvestitionen: Planung und Prioritäten 2024 ff des Hochbau- und Tiefbauamtes sowie der Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG (INKoBau)
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Fleckinger, Herr Engert)
Vorlage: V1041/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| 12 . | Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH: Ausübung der Gesellschafterrechte zum Wirtschaftsplan 2024 einschließlich Mittelfristplanung 2025 bis 2027
(Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Herr Engert)
Vorlage: V1030/23 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Kultur und Bildung ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Öffentliche Sitzung

In die Tagesordnung soll **aufgenommen** werden:

- TOP 8** Christoph-Scheiner-Gymnasium, Hartmannplatz 1
Sanierung Doppelturnhalle nach Wasserschaden
- Projektgenehmigung
(Referent: Herr Hoffmann)
V1028/23
- TOP 9** Bauinvestitionen: Planung und Prioritäten 2024 ff des Hochbau- und Tiefbauamtes
sowie der Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG (INKoBau)
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Fleckinger, Herr Engert)
V1041/23
- TOP 10** Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH:
Ausübung der Gesellschafterrechte zum Wirtschaftsplan 2024
einschließlich Mittelfristplanung 2025 bis 2027
(Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Herr Engert)
V1030/23

Nachdem am 17.11.2023 zum Thema Situation des FestsaaIs ein Bericht im Donaukurier gewesen sei, bittet Stadträtin Volkwein, Herrn Engert um eine Auskunft zur Zeitschiene der Interimsspiellstätte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schlägt vor, den Sachstand nach dem Kulturgesehehen einzuschieben. Da sich in der Situation noch viel entwickle, könne noch kein ausführlicher Sachstand vorgelegt werden. In der heutigen INKoBau-Sitzung sei nichtsdestotrotz der mehrheitliche Konsens gewesen, dass man sich zeitnah über die Erstellung einer entsprechenden Beschlussvorlage, Gedanken mache.

Stadtrat Dr. Schickel bittet um einen kurzen Sachstandsbericht zur Grundschule Hundszell.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt ihrem Vorredner zu, diesen Punkt nach dem Sachstandsbericht MKKD zu behandeln.

In die Tagesordnung wird **aufgenommen**:

TOP 2 Sachstandsbericht Festsaal Stadttheater
(Mündlicher Bericht: Herr Engert)

TOP 3 Sachstandsbericht Grundschule Hundszell
(Mündlicher Bericht: Herr Hoffmann)

Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Abstimmung über die Änderungen zur Tagesordnung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung).

Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe

1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen

Herr Engert weist auf den aktuellen Katalog aus dem Deutschen Medizinhistorischen Museum über die Ausstellung „Hals- und Beinbruch“ und auf den Ausstellungskatalog „Unsere Menschen – Sinti und Roma in Ingolstadt vor, während und nach der NS-Verfolgung“, hin. Zweiteres sei ein Ergebnis der seitens der Verwaltung durchgeführten Opferforschung, die man im Zentrum Stadtgeschichte betreibe. Es sei gelungen, die Geschichte der Sinti und Roma in Ingolstadt im Dritten Reich sehr gut zu erfassen, zum Beispiel durch die Befragung von Augenzeugen. Daraus habe man eine Ausstellung entworfen, die in dieser Form noch nicht zu sehen gewesen sei und einen Besuch wert sei, empfiehlt er. Des Weiteren gebe es den Jahresbericht der wissenschaftlichen Bibliothek und einen Flyer über Martin Creed´s Ausstellung „I don´t know what art is“, die enorm nachgefragt werde. Die Ausstellung sei geradezu überlaufen. Es bestünden große Schwierigkeiten, die Ballons zu beschaffen und den Raum entsprechend damit auszustatten. Die Nachfrage in dem Umfang habe man nicht voraussehen können. Bereits in der ersten Ausstellungswoche seien über 1.000 Besucher im Museum gewesen.

Der mündliche Bericht wird bekannt gegeben.

2 . Sachstandsbericht Festsaal Stadttheater (Mündlicher Bericht: Herr Engert)

Herr Engert erklärt, dass Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll anfangs alle neuen Informationen zur Situation des Festsaals mitgeteilt habe. Ihr Stand sei letztlich aktueller als seiner, da er kein Mitglied des Aufsichtsrates der INKoBau und deswegen auch nicht bei der heutigen Sitzung anwesend gewesen sei. Er kenne auch nicht die Präsentation, die Herr Fall vorgestellt habe. Herr Fall sei seitens des Referates IV beauftragt worden, eine Machbarkeitsstudie zum Thema Exerzierhaus und Lechner Museum durchzuführen. Ihn werde man auch in die Referentenbesprechung am 27.11.2023 einladen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Denn in absehbarer Zeit werde über die getroffene Lösung eine Sitzungsvorlage benötigt. Herr Engert glaubt, dass das Zeitfenster der Sanierung, die 2027 beginnen solle, noch leistbar sei.

Damit das Thema rechtzeitig zum geplanten Sanierungsbeginn bearbeitet sei, habe man auf Eile gedrängt und werde dies nun mit Nachdruck verfolgen, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Der mündliche Bericht wurde bekannt gegeben.

Bekanntgabe

3 . Sachstandsbericht MKKD

Herr Hoffmann teilt mit, dass der folgende Bericht dem im Kulturbeirat sehr ähnlich sei. Deswegen habe man keine Baustellenbegehung vor dem heutigen Ausschuss für Kultur und Bildung angeboten. Im Folgenden geht Herr Hoffmann auf die Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, ein. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet. Zu Folie 9 fügt er hinzu, dass das Hilfsdachtragwerk, welches sich aktuell im Gebäude befinde, noch ausgebaut werden müsse. Dies solle bald geschehen, damit das Ganze auf die gusseisernen Stützen und damit auf die ursprüngliche Tragkonstruktion umgelagert werden könne. An den Stellen, an denen die Armierungseisen aus der Betondecke zu sehen seien, würden nach dem Ausbau des Hilfsdachtragwerkes weitere Einbauten errichtet werden, erklärt er zu Folie 11. Dort würden dann u. a. die Umkleiden, der Museumsshop, die Toiletten sowie Schulungsräumen untergebracht werden. An der Decke im Untergeschoss seien bereits die ersten Kabeltrassen für die Elektroverteilung montiert worden (Folie 15). Zur Gesamtkostensteigerung solle Anfang 2024 eine ergänzende Projektgenehmigung vorgelegt werden, teilt Herr Hoffmann zu Folie 18 mit. Hinsichtlich der Vorkommnisse im Kelten- & Römermuseum Manching und dem Grünen Gewölbe in Dresden habe man das Sicherheitskonzept überarbeiten lassen müssen, welches in der Ursprungsfassung nicht mehr passend gewesen sei. Nun sei mit einem Sachverständigen und der Versicherung des Gebäudes eine Lösung mit Augenmaß und Mehrkosten in der Höhe von ca. 150.000 Euro gefunden worden. Des Weiteren sei die bereits angekündigte Ausschreibung der Sichtbetonböden und des Betonestrichs submittiert worden. Dort müsse man mit Kostensteigerungen um die 250.000 Euro rechnen. Momentan werde das Ganze durch einen Gutachter mit einer zweiten Meinung versehen, weil man versuche, jede Kostensteigerung zu hinterfragen. Die Überlegung, ob man auf die Armierung oder Teile der Armierung verzichten könne, um Kosten einzusparen, stehe im Raum. Die Baustelle insgesamt laufe sehr gut, betont er. Derzeit befänden sich die bereits erwähnten Estricharbeiten und die Sichtbe-

tonböden in der Vorbereitung. Außerdem würden die Fliesen- und Malerarbeiten folgen. Viele Vorhaben, wie die Sanitärrennwände, die Tischler- und Schreinerarbeiten, die Schließanlagen, die Beschilderung, die Baureinreinigung, die Sicherheitstechnik und weitere habe man mehrmals zurückgestellt und hoffe weiterhin auf die Verflachung des Baupreisindex. Ende 2024 bzw. Anfang des Jahres 2025 sollen dann die Probeläufe zur Inbetriebnahme stattfinden. Die Ersteinrichtung der Ausstellung werde in der ersten Jahreshälfte 2025, wenn der Probelauf zum Teil beendet sei, eingebaut werden. Das bedeute, dass die bauliche Fertigstellung weiterhin für Mitte 2025 angesetzt sei (Folie 24). Auf Wunsch sei die Simulation eines hundertjährigen Starkregenereignisses mit fünfminütigem Blockregen durchgeführt worden. Dies habe ein Ingenieurbüro erarbeitet. Je dunkelblauer der Bereich auf der Karte dargestellt sei, desto mehr Wasser sammle sich an dieser Stelle, erklärt Herr Hoffmann zur Abbildung auf Folie 28. Der Hauptsammler für das Regenwasser befinde sich südlich des MKKD mit einem Fassungsvermögen von 600 Litern pro Sekunde. Das Gesamtgelände sei durch die Gefällepunkte so gestaltet, dass der Großteil des Wassers dorthin abgeleitet und dann aufgenommen werden könne. Das MKKD sei so gestaltet, dass es umflossen werde und das Wasser in die Rinne südlich auf der Längsseite des Gebäudes münde. Rund um die Baustelle gebe sei derzeit noch ein Graben mit den Schachtbauwerken, die den Regen und das restliche Wasser in Richtung Donau leiten sollen, zu sehen. Am Tiefgaragentor des Kongresszentrums werde das Wasser vorbei geleitet. Im Falle des hundertjährigen Starkregenereignisses würde das Wasser dann über die gesperrte Straße Richtung Donau und nicht in ein Gebäude laufen. Auch der Hochschulplatz sei damals so gestaltet worden, dass das Wasser mittels kleinerer Abflussrinnen vom MKKD weggeleitet und zur Mitte des Platzes geführt werde. Von dort aus werde das Wasser zum Hauptsammler südlich des MKKD geleitet.

Der mündliche Bericht wird bekanntgegeben.

Bekanntgabe

4 . Sachstandsbericht Grundschule Hundszell (Mündlicher Bericht: Herr Hoffmann)

Herr Hoffmann teilt mit, dass man noch auf die Zustimmung der Regierung von Oberbayern bezüglich der Förderung für die Arbeiten an der Grundschule Hundszell warte. Deswegen könne man auch nicht mit dem Abriss des Altbaus beginnen. Frü-

her seien Abbrucharbeiten nach der Kostengruppe 200 der DIN 276, also das Herichten und Erschließen des Grundstückes, nicht förderschädlich gewesen. Im Jahr 2022 sei die entsprechende Richtlinie dazu jedoch geändert worden, was zur Folge habe, dass die Abbrucharbeiten nun einen förderschädlichen Baubeginn darstellten. Dies wäre insbesondere beim Abriss des Altbaus und der Errichtung des neuen Anbaus in Hundszell der Fall. Nur untergeordnete Maßnahmen, wie das Leerräumen von Gebäuden oder Rodungen, dürften noch durchgeführt würden. Nach der im März 2023 erhaltenen Projektgenehmigung habe man neben der Stellung des Förderantrags auch die schulaufsichtliche Genehmigung eingereicht. Der Förderantrag sei bisher nicht genehmigt worden. Man befinde sich im ständigen Austausch mit der Regierung von Oberbayern und das Ausstellen einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Abriss sei für dieses Jahr noch in Aussicht gestellt worden. Den Bewilligungsbescheid für die FAG-Förderung werde man im Laufe des Jahres 2024 erhalten. Die Regierung von Oberbayern habe betont, dass sie die Schule nicht von vornherein für wirtschaftlich hält, und deshalb genau prüfen müssen. Die Regierung tue jedoch ihr Möglichstes, um zu einem positiven Bescheid zu kommen. Der Förderantrag für die Grundschule Haunwöhr mit ihrer Filialschule in Hundszell sei gemeinschaftlich gestellt worden. Dies sei auch durchaus so üblich. Im vorliegenden Fall habe die Regierung jedoch gebeten, die Anträge für die zwei Bauvorhaben zu trennen, was die Verwaltung bereits veranlasst habe. Er entschuldigt sich, dass gegenüber dem Bezirksausschuss Südwest und der Schulleitung der Beginn der Arbeiten mit Anfang Oktober kommuniziert worden sei. Dies sei der ursprüngliche Plan gewesen. Es gehe keineswegs darum, den Bezirksausschuss Südwest oder die Bevölkerung nicht ernst zu nehmen, betont Herr Hoffmann und führt weiter aus, dass es der Verwaltung ein Anliegen sei, die Schulen so zu bauen, wie der Stadtrat das entschieden hätte. Man werde über den weiteren Fortgang des Projektes informieren, insbesondere wenn die Förderbescheide vorlägen. Die bereits abgeschlossene Ausschreibung für eine Firma, die den Abriss durchführen solle, habe man aufheben müssen, da die Zuschlagsfrist nicht gehalten werden konnte. Infolgedessen müsse erneut ausgeschrieben werden, wenn die erwähnte Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Arbeiten erteilt sei.

Stadtrat Dr. Schickel fragt nach, ob die Grundschule Hundszell nicht gebaut werde, wenn die Wirtschaftlichkeit seitens der Regierung von Oberbayern nicht genehmigt werde.

Dies müsse zu gegebener Zeit entschieden werden, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an ihren Vorredner gewandt.

Herr Engert erklärt, dass es in dem von Stadtrat Dr. Schickel genannten Fall, keine Förderung gäbe. Dann müsse die Stadt Ingolstadt entscheiden, ob sie die Schule ohne Förderung bauen wolle oder nicht.

Herr Hoffmann zeigt sich optimistisch und meint, dass die Chancen deutlich besser als 50 Prozent stehen würden. Für ihn stelle das Verfahren seitens der Regierung einen Hinweis dafür dar, die Frage der Wirtschaftlichkeit vorab genauer zu prüfen. Diesmal würde die Regierung aber sicher versuchen, das Ganze doch möglich zu machen.

Der mündliche Bericht wird bekanntgegeben.

Bekanntgabe

- 5 . Ausstellungen 2024
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0932/23**

Bekanntgabe:

Die Ausstellungsplanung der Museen für 2024 wird bekanntgegeben.

Der Bericht wird bekannt gegeben.

Beratend

- 6 . Änderung der Satzung über die Gebühren der Simon-Mayr-Sing- und Musikschule
der Stadt Ingolstadt
(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)
Vorlage: V0784/23**

Antrag:

Die Änderung der Satzung über die Gebühren für die Simon-Mayr-Sing- und Musikschule wird beschlossen.

Herr Engert erklärt, dass es ausschließlich darum gehe, den kommenden Paragraph 2 b des Umsatzsteuergesetzes in die Satzung einzuarbeiten. Ansonsten habe sich an der Satzung nichts verändert.

Es gebe keine inhaltliche Änderung, stellt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fest.

Stadträtin Volkwein interessiert, ob noch mit einer weiteren Verzögerung gerechnet werden könne.

Eine weitere Verschiebung sei nicht zu erwarten, antwortet Herr Fleckinger an seine Vorrednerin.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Bekanntgabe

- 7 . **Gebührenberichte für die kostenrechnenden Einrichtungen;
Technikerschule, Mittags- und Randbetreuungen der Schulen in Sachaufwands-
trägerschaft der Stadt Ingolstadt, Simon-Mayr-Sing- und Musikschule, Stadtthea-
ter, Städtische Kindertageseinrichtungen
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0794/23**

Bekanntgabe:

Die Gebührenberichte von Technikerschule, Mittags- und Randbetreuungen der Schulen in Sachaufwandsträgerschaft der Stadt Ingolstadt, Simon-Mayr-Sing- und Musikschule, Stadttheater und Städtischen Kindertageseinrichtungen werden bekannt gegeben.

Die Gebührenberichte werden bekannt gegeben.

- 8 . **Einrichtung Stadtteilbücherei Nord-West im Piusviertel**

Beratend

- . **Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 17.07.2023
Vorlage: V0713/23**

Antrag:

Wir bitten um Zustimmung zu folgendem Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Räumlichkeiten im Piusviertel zur Nutzung als Zweigstelle der Stadtbücherei In-golstadt geeignet sind. Dieser Prüfung entsprechend legt sie dem Stadtrat ein Konzept zur Einrichtung einer solchen Institution vor. Hierfür werden auch vor Ort tätige Institutionen wie der Pius-Treff und die August-Horch-Schule konsultiert.

Begründung:

Gerade in Stadtvierteln, in denen Familien oft in beengten Wohnverhältnissen leben und kein breit aufgestelltes Bildungsangebot zur Verfügung steht, ist es wichtig, wohnortnahe Treffpunkte zu schaffen, in denen Raum für Phantasie, Kreativität und Gemeinschaft mit Gleichaltrigen ermöglicht wird. Stadtteilbibliotheken bieten dafür einen idealen Ort. Auch der Einfluss der in ihnen zur Verfügung gestellten Infrastruktur (Computer, Internetzugänge usw.) ist als Gleichstellungsmaßnahme nicht zu unterschätzen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0801/23.

Beratend

Stellungnahme der Verwaltung

(Referent: Herr Engert)

Vorlage: V0801/23

Antrag:

1. Die Stellungnahme der Verwaltung, nach der im Piusviertel eine ausreichende Bibliotheksabdeckung vorhanden ist, wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der Fraktion Die Linke auf Suche nach Räumlichkeiten für eine Zweigstelle der Stadtbücherei im Piusviertel wird deshalb nicht weiter verfolgt.

Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0713/23 und der Antrag der Verwaltung V0801/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Engert weist daraufhin, dass die Sitzungsvorlage direkt nach dem Antrag erstellt worden sei. Da sei die Schärfe der Einspardiskussion noch nicht abzusehen gewesen. Unabhängig davon sei man der Meinung, dass aufgrund der zu großen räumlichen Nähe von 2,5 Kilometern zur Zentralstelle ein Einrichten einer Stadtteilbücherei im Piusviertel nicht erforderlich sei. Schließlich werde eine Bibliothek neben der Nutzung als Treffpunkt auch für vielen Aktivitäten genutzt. Außerdem würde dort neben vielem anderen auch der Zugang ins Internet angeboten werden. Schlussendlich

würde die Bücherei mit den dortigen Stadteiltreffs, die unter anderem eine Bibliothek enthalten würden, in Konkurrenz stehen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

- 9 . Neuausrichtung der Vergabe des Jazzförderpreises
Änderungen der Geschäftsordnung für den Kulturbeirat der Stadt Ingolstadt
Änderungen der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt
für kulturelle Leistungen
(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)
Vorlage: V0904/23**

Antrag:

1. Dem Vorschlag für die zukünftige Vergabe des Jazzförderpreises wird zugestimmt. Die Entscheidung über die Vergabe trifft der Stadtrat auf Vorschlag des Kulturbeirates.
2. Die Geschäftsordnung für den Kulturbeirat der Stadt Ingolstadt vom 14. Dezember 2021 wird wie folgt angepasst:

§ 1, 2. Absatz erhält folgende Fassung:

Außerdem berät der Kulturbeirat jährlich über die kulturellen Auszeichnungen (Kultur- oder Kunstpreis, Kunstförderpreis, Klassikförderpreis, Jazzförderpreis) und unterbreitet dem Stadtrat einen Vorschlag für die Vergabe der vorgenannten Preise (siehe hierzu die Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen).

§ 2, Punkt 1

Bei der Zusammensetzung und Mitgliedschaft wird der Spiegelstrich „der Festivalleiter/die Festivalleiterin der Ingolstädter Jazztage“ durch den Spiegelstrich „der Leiter/die Leiterin des Sachgebiets Urbankultur des Kulturamtes (Leitung Ingolstädter Jazztage)“ ersetzt.

3. Die Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen vom 12. Dezember 1996, zuletzt geändert mit Beschluss des Stadtrats vom 14.12.2021, werden wie folgt geändert:

§ 1 erhält folgende Fassung:

Die Stadt Ingolstadt verleiht jährlich einen Kultur- oder Kunstpreis, der mit jeweils 6.000,00 EUR dotiert ist. Zusätzlich zum Kultur- oder Kunstpreis können jährlich ein mit 3.000,00 EUR dotierter Kunstförderpreis, ein mit 3.000,00 EUR dotierter Klassikförderpreis sowie ein mit 5.000,00 EUR dotierter Jazzförderpreis verliehen werden.

Außerdem verleiht die Stadt Ingolstadt im zweijährigen Rhythmus einen Marieluise-Fleißer-Preis, der mit 10.000,00 EUR dotiert ist (siehe hierzu die Statuten für

die Verleihung des Marieluise-Fleißer-Preises vom 03. Dezember 2014 in der jeweils geltenden Fassung).

§ 2 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgende neue Nr. 5 eingefügt:

Der Jazzförderpreis wird verliehen als Anerkennung für Leistungen auf dem Gebiet der Jazz-Musik. Gewürdigt wird nicht ein bestimmtes Werk, sondern die künstlerische Persönlichkeit, deren Schaffen eine fortschreitende Entwicklung verspricht.

Ausgezeichnet werden können Jazzmusiker/-innen bis 30 Jahre (in begründeten Ausnahmefällen darf diese Altersbegrenzung überschritten werden) oder ein Jazz-Ensemble (grundsätzlich ohne Altersbegrenzung), die sich besonders um den Jazz in der Region Ingolstadt verdient gemacht oder einen besonders qualifizierten künstlerischen Beitrag zum Jazz in der Region Ingolstadt geliefert haben.

Als Zeichen der Professionalität müssen der/die Preisträger/-in von (Jazz-) Musik leben oder die klare Zielsetzung vorweisen, dies künftig zu tun.

b) Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 6; die bisherige Nr. 6 wird Nr. 7.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erinnert, dass man sich mit dieser Thematik bereits im Kulturbeirat beschäftigt habe.

Im Kulturbeirat seien zu diesem Thema intensive Diskussionen geführt worden, teilt Herr Engert mit. Außerdem habe es bereits Vorbesprechungen mit den Jurymitgliedern des Jazzförderpreises gegeben. Er weist auf eine Korrektur hin, der sich aus dem Beschluss des Kulturbeirates ergebe. Auf Seite 5 der Beschlussvorlage heiße es im zweiten Absatz, dass für die Erarbeitung eines Vorschlags, durch den Kulturbeirat eine Arbeitsgruppe mit bis zu fünf lokalen Fachleuten eingesetzt werden solle. Da der Kulturbeirat aufgrund einer einseitigen Verteilung zwischen Männern und Frauen jedoch sechs Fachleute gewählt habe, sei damit eine sechste Position geschaffen worden. Aus diesem Grund müsse die Zahl in der Beschlussvorlage „sechs“ statt „fünf“ lauten.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet mit der Maßgabe, dass in die neu eingerichtete Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Vorschlags eines/einer Jazzförderpreisträgers/-in 6 lokale Fachleute benannt werden.

Beschließend

- 10 . Christoph-Scheiner-Gymnasium, Hartmannplatz 1
Sanierung Doppelturnhalle nach Wasserschaden
- Projektgenehmigung**

(Referent: Herr Hoffmann)

Vorlage: V1028/23

Antrag:

1. Für das Bauvorhaben Christoph-Scheiner-Gymnasium, Hartmannplatz 1 - Sanierung Doppelturnhalle nach Wasserschaden – wird die Projektgenehmigung erteilt.
2. Die Kosten in Höhe von 965.000 € brutto werden genehmigt. Die benötigten Mittel werden zum Haushalt 2024 auf der Haushaltsstelle 231000.501000 (Christoph-Scheiner-Gymnasium) angemeldet.
3. Die Maßnahme wird ohne Inanspruchnahme einer grundsätzlich möglichen Förderung für Generalsanierungen durchgeführt.

Herr Hoffmann erläutert, dass der Schwingboden durch einen Wasserschaden aufgrund von Rissen im Wandbereich, durch die das Regenwasser gerade bei Starkregenereignissen hindurchdrücke, beschädigt worden sei. Zu dem sei eine Undichtigkeit im Dach des Anbaus der Turnhalle, in dem die Umkleiden und der Geräteraum untergebracht seien, vorhanden. Derzeit sei der Anbau an der Schadstelle durch eine Folie provisorisch abgedeckt. Da die Dachreparatur eine kleinere Maßnahme sei und diese im Rahmen des Bauunterhalts im Frühjahr 2024 angegangen werden solle, sei dies nicht in die Vorlage zur Sanierung der Doppelturnhalle aufgenommen worden. Dieser Schaden habe zwar die Situation auch nicht erleichtert, er sei aber nicht für den nachhaltigen Schaden am Hallenboden samt seiner Unterkonstruktion ursächlich gewesen. Man wolle aber selbstverständlich vermeiden, dass der Boden zusätzlich durch das undichte Dach in Mitleidenschaft gezogen werde.

Stadträtin Hagn bemerkt, dass die Probleme bereits Ende der Sommerferien 2022 aufgetreten seien. Sie stellt sich die Frage, warum es so lange gedauert habe, bis reagiert worden sei. Weiter möchte sie wissen, wie der Sportunterricht bis dato abgelaufen sei und wie hoch die Summe des Förderanspruches sei, auf den man verzichte.

Herr Hoffmann erklärt, dass es einige Zeit in Anspruch genommen habe, den genauen Ursprung des Schadens zu finden. Es seien mehrere Gutachten hierzu durchgeführt worden, bis man festgestellt habe, dass das Wasser beziehungsweise die Feuchtigkeit durch die nun ermittelte Wand in die Halle eingetreten sei. Die entsprechende Wand sei auch nicht frei zugänglich gewesen. Erst nachdem man die Prallwand entfernt habe, konnten die Risse entdeckt werden. Prallwände seien bezüglich Ballwürfen kraftabbauende Verkleidungen, die vor der eigentlichen tragenden Wand

montiert werden. Leider sei zu diesem Zeitpunkt der hölzerne Schwingboden bereits fortgeschritten durchfeuchtet gewesen, so dass dieser nicht gerettet werden konnte. Die Halle sei seit letztem Schuljahr gesperrt.

Herr Schächtl ergänzt bezüglich der Förderung, dass ihm die Höhe der Förderung nicht bekannt sei, man diese jedoch nachliefern könne (siehe Protokollanmerkung). Die Schadensinstandsetzung sei nicht förderfähig. Um eine Förderung zu erhalten, müsse grundsätzlich eine Generalsanierung durchgeführt werden. Diese sei nicht beabsichtigt, da die Kosten einer Generalsanierung viel höher als bei einer Instandsetzung wären.

Protokollanmerkung von Herrn Schächtl:

Die Schwelle zur Förderfähigkeit nach FAG einer (General-) oder Teilsanierung ist bei der CSG Turnhalle ab einer Investitionssumme von ca. 2 Mio. € zu erwarten und würde bei dieser Investitionshöhe ca. 500.000 € betragen. Darunter ist die Maßnahme nicht förderfähig.

Eine maximal mögliche Förderhöhe auf Basis der aktuellen Fördersätze wäre mit ca. 1,9 Mio. Euro zu beziffern – diese Förderung wäre bei Investitionskosten von ca. 5,5 bis 6 Mio. € zu erreichen.

Zu beachten ist, dass sich die Förderung einer Teilsanierung ggfs. nachteilig auf eine Förderung bei späterer Generalsanierung oder einem Neubau auswirken könnte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass die Not bekannt sei und die Turnhalle baldmöglichst funktionsfähig sein müsse.

Herr Hoffmann ergänzt, dass die Halle so schnell wie möglich wieder genutzt werden solle, da in der Innenstadt bei mehreren Turnhallen Probleme aufgetreten seien. Die Lage bezeichnet er deshalb als dramatisch. Des Weiteren könne man sich im Hinblick auf die Haushaltslage keine Generalsanierung leisten.

Stadtrat Köhler möchte wissen, wie es sein kann, dass die Risse auf 270 Meter Länge erst so spät bemerkt worden sein.

Herr Hoffmann erwidert, dass es sich um haarfeine Risse handle. Jeder dieser vielen Risse sei nur wenige Zentimeter lang und nur einzelne seien so tief, dass sie durch das gesamte Mauerwerk reichen würden. Das Wasser durchdringe die Wand kapillar

und nur sehr langsam. Die Risse könnten durch fehlerhaftes Betonieren oder Mauern entstehen. Beim Mauerwerk gebe es dies auch als Schwindrisse.

Herr Schächtl ergänzt, dass die Übergangsstelle zwischen der Bodenplatte und der aufgehenden Wand beim Auftreten der genannten Risse das Hauptproblem sei. Dabei handle es sich um zwei verschiedene Bauteile, die damals sicher zusätzlich von außen abgedichtet worden seien, jedoch im Laufe der Zeit diese Schwachstelle entwickelt hätten. Hinzukämen noch zwei größere, breitere Risse in der Wand, durch die ebenfalls Wasser dringe.

Stadtrat Reibenspieß fragt, ob die Bauaufsicht einen Fehler gemacht habe, ob die Bauausführung nicht fachgemäß ausgeführt worden sei oder ob es an einem Materialfehler gelegen habe. Außerdem wolle er wissen, ob es Ausweichhallen gäbe; nicht nur für den Unterricht, sondern auch für Vereine und Veranstaltungen. Den Zeitplan mit Beginn der Betoninstandsetzungsarbeiten Anfang 2024 und dem geplanten Ende im Juli 2024, hält er für sehr straff.

Herr Hoffmann kann keine konkrete Ursache für die Undichtigkeit festmachen. Sicherlich sei dies auch auf Konstruktionsfehler oder auch „Pfusch am Bau“ zurückzuführen. Die Gewährleistung für den Bau sei allerdings schon sehr lange abgelaufen. Er vermutet, dass es sich dabei um Abnutzungserscheinungen handle, welche nach 50 Jahren durchaus auftreten können.

Herr Engert teilt mit, dass der Sportunterricht im Sommer überwiegend im Freien stattgefunden habe. Auch sei vermehrt Schwimmunterricht im Sportbad abgehalten worden. Ansonsten wurden nach Möglichkeit Hallen von anderen Schulen genutzt.

Trotz einiger Unklarheiten sichert Stadtrat Dr. Schuhmann seine Zustimmung für den Beschluss zu. Der Beschluss der Vorlage der Verwaltung sei im Hinblick auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt über das Bauinvestitionsprogramm erfreulich, da die Sanierung der Turnhalle Christoph-Scheiner-Gymnasiums in der entsprechenden Liste rot kategorisiert sei und mit der Erledigung aus dieser verschwinden dürfte.

Die Generalsanierung, die im roten Teil der Liste sei, bleibe auch dort einkategorisiert, erwidert Herr Hoffmann an seinen Vorredner gewandt, weil diese sehr viel mehr und weitere Maßnahmen umfassen würde. Nichtsdestotrotz versuche man die Halle möglichst rasch wieder funktionstüchtig zu machen.

Stadtrat Dr. Schickel berichtet über die Mitteilung seitens der Schulleiterin des Christoph-Scheiner-Gymnasiums, dass der Sportunterricht seit einem Jahr durch das Sportbad, sowie Hallen einiger anderer Schulen und mittels Spaziergänge aufgefangen werde. Dies sei allerdings kein lehrplanmäßiger Unterricht, kritisiert er. Die Situation sei unter den Lehrkräften sehr angespannt, hinzu käme der Druck durch die Eltern. Weiter führt er aus, dass der Schaden am Dach bereits länger bekannt sei. Er habe den Eindruck, dass die Schullandschaft zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werde. Im Hinblick auf die Sparmaßnahmen, plädiert er dafür, die Schulsanierungen nicht weiter hinauszuzögern.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bekräftigt, dass die Not der Schulen gesehen und alles im Bereich des Möglichen getan werde. Zwar würden Einschränkungen durch die Haushaltskonsolidierung stattfinden müssen, jedoch sollen Schul- und Bildungseinrichtungen priorisiert werden.

Herr Hoffmann verspricht, dass das Dach jetzt repariert werde. Dies habe er der Schulleiterin bereits mitgeteilt. Es werde keine Generalsanierung und keine komplette Flachdachsanieierung geben. Doch an den undichten Stellen, werde der alte Dachbelag entfernt, neue Bitumbahnen eingebracht und dann fachmännisch abgedichtet.

Herr Fleckinger berichtet an Stadtrat Dr. Schickel gewandt, dass dieses Jahr und auch in den letzten Jahren stets alle Haushaltsmittel für den Bauunterhalt zur Verfügung gestellt worden seien; insbesondere für Bildungseinrichtungen, sofern diese angemeldet waren. Dies werde auch regelmäßig in den Finanzlage-, Budgetberichten und Jahresrechnungsergebnissen dargestellt. Auch die Gewichtung des Investitionsprogramms wurde auf diese Einrichtungen gelegt. Damit die Bauunterhaltsmaßnahmen durchgeführt werden können, muss genügend Personal vorhanden sein, welches aber nur begrenzte Kapazitäten habe. Die Maßnahmen scheiterten bisher nicht am Geld.

Herr Engert bestätigt an Stadtrat Dr. Schickel gerichtet, dass das Turnhallenthema zwar für das Christoph-Scheiner-Gymnasium sehr belastend sei, jedoch damit nicht gleich die gesamte allgemeine Schullandschaft in Mitleidenschaft gezogen werde. Im gesamten Stadtgebiet werde kontinuierlich gebaut, um die Situation zu verbessern.

Dabei sei sowohl das Referat VI wie auch das Referat IV stets an einer bestmöglichen Abarbeitung bemüht. Die Investitionen, die in den nächsten vier Jahren durch Kredite getätigt werden, zeigen, dass hier hohe Priorität auf die Schulen gelegt werde und andere Projekte dementsprechend zurückgestellt würden.

Stadträtin Hagn fragt, ob man abschätzen könne, wie lange die Reparaturen halten würden bis die Generalsanierung anstehe.

Herr Hoffmann antwortet an seine Vorrednerin gewandt, dass der neue Hallenboden mindestens für die nächsten 40 Jahre, auch bei einer späteren Generalsanierung, erhalten bleiben könne, sodass keine verlorenen Kosten entstünden. Bei der Dachsanierung werde man aufgrund der neuen Dämmung beim Materialwert einen sehr geringen Verlust zu verzeichnen haben. Der größte Nachteil, der dabei entstehen werde ist, dass die Halle dann wieder gesperrt werden müsse und in der Zeit wohl kein lehrplanmäßiger Sportunterricht stattfinden könne.

Stadträtin Hagn möchte wissen, ob man mit den Instandsetzungsmaßnahmen einen regulären Sportbetrieb für die nächsten Jahre uneingeschränkt garantieren könne.

Herr Hoffmann antwortet an Stadträtin Hagn gewandt, dass dies möglich sei.

Stadtrat Reibenspieß meint, dass von der Schule keine Wünsche, sondern Notwendigkeiten geäußert würden. Er ergänzt die Aussage von Stadtrat Dr. Schickel dahingehend, dass Spaziergehen keinen Sportunterricht darstelle und dass Transporte zu anderen Hallen einen großen Zeitverlust darstellen würde, welcher sich nicht nur auf den Sportunterricht, sondern auf das gesamte Bildungssystem auswirke.

Sportunterricht sei unbestritten absolut wichtig, bestätigt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Sie könne den Frust der Betroffenen verstehen. Die Situation sei schwierig, aber man müsse das Beste daraus machen und tue bereits alles, was möglich sei.

Herr Engert gibt Stadtrat Reibenspieß Recht, dass es keine Wünsche, sondern große und schier unendliche Notwendigkeiten seien. Die Möglichkeiten aber, seien leider begrenzt. Es gäbe Probleme, die man nicht beeinflussen könne, sowohl bei Sanierung-

gen als auch bei Neubauten. Er erinnert an den Neubau des Gymnasiums Gaimersheim, bei dessen Turnhalle ein Baufehler passiert, sei, welcher dazu geführt habe, dass die Halle monatelang gesperrt werden musste und kein Sportunterricht stattfinden konnte.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Beratend

- 11 . **Bauinvestitionen: Planung und Prioritäten 2024 ff des Hochbau- und Tiefbauamtes sowie der Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG (INKoBau)
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Fleckinger, Herr Engert)
Vorlage: V1041/23**

Antrag:

- 1.) Die Übersicht über die Bauinvestitionen (Anlagen 1 und 2) wird entsprechend den Ausführungen im Kurzvortrag zur Kenntnis genommen.
- 2.) Der vorgeschlagenen Bauinvestitionsplanung der städtischen Dienststellen und der INKoBau, soweit eine Abwicklung über den städtischen Haushalt erfolgt, wird entsprechend den Ausführungen im Kurzvortrag zugestimmt.
- 3.) Die Bauinvestitionsplanung ist eine der Grundlagen des zur Beschlussfassung vorzulegenden Haushaltsplans 2024 und der mittelfristigen Finanzplanung 2025 bis 2027. Die Verwaltung wird ermächtigt, erforderliche Änderungen in den Ansatzhöhen und deren Verteilung bis zur Beschlussfassung des Haushalts vorzunehmen, der gemeldete finanzielle Umfang sowie die Projekte bleiben davon unberührt.
- 4.) Ggfs. notwendige Änderungen in Beschlussvorlagen bezüglich des Terminrahmens und der Mittelbewirtschaftung der einzelnen Maßnahmen (Programm- und Projektgenehmigungen) werden durch diesen Beschluss ersetzt.

Herr Hoffmann erklärt, wie schwierig es gewesen sei, die mit der Beschlussvorlage vorgelegte sogenannte „bunte Liste“ zu erstellen. Schließlich könne man entsprechend der vom Finanzreferat gemachten Vorgaben viele Bauvorhaben erstmal nicht wie geplant verwirklichen. Gerade im Bereich der Schulen habe man im Sommer diesen Jahres mit Hilfe des Stadtrates gerade erst das strategische Immobilienmanagement aus der Taufe gehoben und den Zustand der Schulbauten begutachtet. Anhand dessen wisse man nun, welche Arbeiten an den Schulgebäuden notwendig seien. Dabei sei vieles aufgefallen, das eigentlich gleichzeitig angegangen werden müsse,

was die derzeitigen Rahmenbedingungen jedoch nicht zulassen würden. Die Verwaltung habe versucht, aus möglichst baufachlicher und schulbetrieblicher Sicht einen sinnvollen Vorschlag zu unterbreiten, über den man diskutieren könne. Der Schwerpunkt liege, wie man in der bunten Liste, speziell im dunkelgrünen Bereich, erkennen könne, auf den Schul- und Kitabauten. An der Christoph-Kolumbus-Grundschule, der Lessing-Grundschule, Grundschule an der Münchener Straße, Grundschule Irgertsheim, Wilhelm-Ernst-Grundschule mit dem Feselenbau, Grundschule Hawnwöhr-Hundszell, Mittelschule Südost und FOS/BOS würden derzeit Bauprojekte realisiert. Darüber hinaus kämen wohl noch die Kita Irgertsheim und die neue Interimsspielfläche dazu. Der Kern liege bei der Bildung, der Kultur und der Sicherheit. In den zweiten Bereich falle neben dem Interimstheater auch die Großbaustelle MKKD. Die Sanierung des Innenbereichs der Hauptfeuerwache, die dem Gebiet Sicherheit zuzuordnen sei, befinde sich derzeit in der Planungsphase. Des Weiteren brauche es ein neues, gemeinschaftlich genutztes Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehren Ringsee, Rothenturm und Unsernherrn. Damit schaffe man es gerade so, den vom Stadtrat beschlossenen Kreditrahmen von 350 Mio. Euro für die nächsten Jahre einzuhalten. Insgesamt sei die Liste in einen grünen, einen orangen und einen roten Teil gegliedert. Ersterer bedeute, dass man bereits in der Planung bzw. der Ausführung des Vorhabens sei und die Mittel dafür im Investitionshaushalt hinterlegt seien. Die orangene Kategorie signalisiere die Projekte, die bereits im lindgrünen Teil geplant würden, vor der Ausführung stünden, jedoch lediglich Planungsmittel und noch keine Mittel für die Umsetzung im Haushalt eingestellt seien. Diese Kategorie müsse man sich daher sehr genau ansehen. Der rote Teil der Liste beinhalte Projekte in einer Art Vorratsliste, die bisher weder genehmigt wurden, noch in irgendeiner Weise im Haushalt hinterlegt seien. Die Empfehlung sei deswegen, diese erstmal zurückgestellt zu lassen. Im dunkelgrünen Bereich der Liste könne man den Schwerpunkt genau erkennen. Einige Vorhaben seien in die Zukunft verschoben bzw. abgespeckt worden, da es nicht anders ginge, erklärt Herr Hoffmann und führt als Beispiel den Westbau des Reuchlin-Gymnasiums auf. Dieses Gebäude sei früher der naturwissenschaftliche Trakt gewesen, der in den letzten Jahren im Osten des Grundstückes bereits neu gebaut wurde. Als Alternative könnten im „alten“ Westtrakt mit relativ vernünftigem Aufwand die vorhandenen Einbauten aus den Fachklassenräumen entfernt werden. Dann wäre die Anzahl der Klassenzimmer fast die gleiche, die der Neubau beinhaltet hätte. Selbstverständlich sei ein Neubau später immer noch möglich, aber für einige Zeit erstmal zurückgestellt. Im Hauptbau des Reuchlin-Gymnasiums müssten außerdem aktuell noch die neuen Technikzentralen entstehen und auch sonst Anpassungen vorgenommen werden. Insgesamt bedeute das nicht, dass

beim Reuchlin-Gymnasium ab sofort keine Kosten mehr anfallen würden, sondern der Kostenrahmen werde um 10 Mio. Euro reduziert. Herr Hoffmann kündigt eine ergänzende Projektgenehmigung für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit bzw. den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit an. Der Spezialtiefbau des Gebäudes Ost sei deutlich teurer gewesen als ursprünglich veranschlagt. Die Sanierungen des Apian-Gymnasiums und des Katharinen-Gymnasiums sowie der Bau die Mittelschule Nordost habe man gezwungenermaßen zeitlich nach hinten verschieben müssen, da man ansonsten mit den finanziellen Gegebenheiten nicht hinkomme. Dies müsse noch nach außen kommuniziert werden. Hinsichtlich der Mittelschule Nordost sei man zwar dabei, das „Rosner Gelände“ zu erwerben, trotzdem würden die Schülerzahlen parallel steigen, weswegen schon jetzt ein Modulbau auf dem bisherigen Grundstück in Oberhaunstadt als Interimsgebäude errichtet werden müsse, der die Schüler bis 2028/29 gut aufnehmen könne. Dagegen werde die Friedrichshofener Mittelschule möglichst vorgezogen und zuerst gebaut. Die Generalsanierung des Technischen Rathauses werde sehr untergeordnet behandelt. Auf jeden Fall sollte hier die Sanierung des maroden Daches erfolgen, das auch wegen möglicherweise abrutschender Dachziegel ein Risiko darstelle. Im Zuge der Dachsanierung solle noch eine Photovoltaikanlage auf dem Dach errichtet werden, um etwas für die Umwelt und die Kostenbilanz beim Stromverbrauch zu tun. Infolgedessen könne auch das Gerüst von der Fassade abgebaut werden. Im Inneren des Technischen Rathauses werde nur das allernotwendigste, wie einige statische Dinge, räumliche Anpassungen oder die Schließanlage, angegangen. Die Schaffung der dritten Realschule wolle man auf einen Planungsbeginn im Jahr 2026 und einen Baubeginn in 2028 schieben. Gegründet werde die Schule in der bisherigen Wirtschaftsschule, welche dann in ihren Neubau neben der Mittelschule Südost ausgezogen sei. Auch die Schulschwimmbäder habe man schon beim strategischen Immobilienmanagement entsprechend klassifiziert und versuche nun aber den Betrieb mithilfe von Bauunterhaltungsmitteln möglichst lange aufrechtzuerhalten. Garantieren könne man bei der alten Bausubstanz allerdings für nichts, so Herr Hoffmann. Voraussichtlich seien die circa 2 Millionen Euro, die in die Schulschwimmbäder gerichtet würden, verlorene Kosten. Wenn die Schwimmbäder aber dann nochmal einige Jahre halten würden, sei das Geld trotzdem gut angelegt. Schließlich sei ein Neubau oder eine Generalsanierung finanziell deutlich teurer und derzeit damit einfach nicht möglich.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hofft, dass die Schulschwimmbäder so lange wie möglich betrieben werden, um einen verlässlichen Schwimmunterricht gewährleisten

zu können. Dies hält sie für eine gute Idee. Nichtsdestotrotz sollte man sich beizeiten, wenn wieder genügend Mittel vorhanden seien, Gedanken über ein künftiges Konzept machen.

Stadtrat Dr. Schickel meint, dass es nichts schön zu reden gebe, sondern der Zustand an sich schlecht sei und er deswegen auf Missstände hinweisen wolle. Er sehe in der Liste zum Beispiel die finanzielle Planung eines neuen Gymnasiums nicht hinterlegt, was dringend notwendig sei. Nicht umsonst würde eine Abstimmung über die Schülerzahlen und die Schülerkapazitäten der einzelnen Schulen stattfinden. Dabei stelle man fest, dass die Ingolstädter Gymnasien sehr überlaufen seien und dieses Problem noch weiter zunehmen werde. Die Investition in die Schulschwimmbäder hält Stadtrat Dr. Schickel nicht für verlorene Kosten, denn jedes Kind, das schwimmen lerne, sei ein Gewinn. Im Jahr 2020 habe ein Kandidat der Oberbürgermeisterwahl Fotos einer Ingolstädter Schule öffentlich gepostet. Da sich seitdem nichts verändert habe, könnten diese Bilder 2026 wieder verwendet und veröffentlicht werden, kritisiert er.

Bezüglich der Situation der Gymnasien ergänzt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, dass man sich wirklich bemühe und Verhandlungen mit Pfaffenhofen führen würde. Die bunte Liste fungiere jedoch nur als Bauliste, die die Stadt Ingolstadt betreffe.

Herr Engert fügt zum Wortbeitrag seiner Vorredner hinzu, dass es diesbezüglich schon wiederholt Diskussionen gegeben habe. Der Stadtrat hatte bereits beschlossen, dem Zweckverband die Erweiterung des Gymnasiums Gaimersheim zu genehmigen. Ein Architekt sei auch schon gefunden und die Planung fortgeschritten. Das Gymnasium werde erweitert. Nach wie vor würden Gespräche mit dem Landkreis Pfaffenhofen bezüglich eines Zweckverbands-Gymnasiums stattfinden. Eine Entscheidung über den Standort, die ausschließlich der Landkreis Pfaffenhofen selbst treffen könne, weil er die Sitzgemeinde dieser Schule sein werde, sei jedoch noch nicht gefallen. Er betont, dass die Kapazitäten der Ingolstädter Gymnasien für die Ingolstädter Gymnasialschüler ausreichend seien. Zwar könnten unter Umständen keine Schüler aus den Landkreisen mehr aufgenommen werden, aber für die Schüler Ingolstadts würden die Plätze ausreichen. Und dies sei die Aufgabe der Stadt Ingolstadt.

Stadträtin Leininger betont, wie schwierig die Entscheidung aufgrund der derzeitigen Haushaltslage für den Stadtrat über die vorliegende Beschlussvorlage sei. Deswegen

sei gerade die Vorberatung darüber und das Setzen von Prioritäten sehr wichtig. Sie betont, dass die Bildungseinrichtungen Vorrang hätten. Dass die Projekte für das Apian-Gymnasium, das Katharinen-Gymnasium und das Reuchlin-Gymnasium verschoben werden, bedauert sie. Für sie habe der Stadtrat und auch die Verwaltung den Auftrag zu informieren, was mit den Vorhaben weiter geschehe und wie sich die Situation in Zukunft weiterentwickle. Außerdem müsse dann auch entschieden werden und dafür besonders stark in eine äußerst transparente Kommunikation getreten werden. Sie erwartet eine Kommunikationsstrategie im Ganzen und auch für jede einzelne in der Liste aufgeführte Maßnahme eine kurze Begründung. Ingolstadt müsse ganzheitlich betrachtet werden, um zu sehen, an welchen Stellen am ehesten gespart, welche Projekte eher verschoben werden können und was zumutbar sei. Es sei klar, dass jede betroffene Schule oder Einrichtung diese Perspektive nicht habe und auch nicht einnehmen müsse. Sie seien für ihren eigenen Betrieb und deren Beschäftigte verantwortlich. Bei der problematischen Sommerhitze beim Apian-Gymnasium müsse allerdings sofort reagiert werden. Solch ein Thema könne aufgrund des Bauinvestitionsprogramms nicht verschoben werden. Das bedeute, dass man für solch kleinere Maßnahmen offen und flexibel bleiben müsse. Auch die Eröffnung von Perspektiven hält Stadträtin Leininger für sehr wichtig. Jede einzelne aufgeführte Maßnahme müsse sich konkret angesehen und geprüft werden, damit auch die Glaubwürdigkeit, wie bedeutend die Projekte der Verwaltung und dem Stadtrat seien, nicht darunter leide. Bitter sei auch die Verschiebung der Mittelschule Nordost. Sie habe erst mit einem ehemaligen Schüler gesprochen, der jahrelang in Containern unterrichtet worden sei und berichtet habe, dass das Gefühl von Schule fehle. Positiv hebt sie hervor, dass man sich die Theatersanierung leisten könne. Jedes Jahr würden fast 1 Millionen Euro in den Unterhalt gesteckt werden, was auf Dauer eine große Belastung sei. Aber dieses Projekt könne nun angegangen werden.

Stadtrat Dr. Schuhmann gesteht, dass das möglicherweise eine der schwierigsten Entscheidungen seiner gesamten Stadtratslaufbahn sei. Schließlich müsse er mit definieren, was priorisiert oder zurückgestellt werde. Dazu komme noch der Zeitdruck. Die Kritik seitens Stadtrat Dr. Schickel als Schulleiter des Katharinen-Gymnasiums, könne er durchaus nachvollziehen. Er erinnert sich an das Apian-Gymnasium, das dreimal mit verschiedenen Variationen umgeplant worden sei, was auch zu Protesten bei den Eltern führte. Die Situation sei schwierig. In wahnsinnig kurzer Zeit sei damals das Zweckverbands Gymnasium Gaimersheim geschaffen worden. Dies sei ein gutes Beispiel, das eine Entscheidung und solch ein Projekt auch sehr schnell gehen könne. Im Falle des neuen Gymnasiums liege es jedoch nicht an der Stadt Ingolstadt.

Stadtrat Dr. Schuhmann habe sich im letzten regionalen Planungsausschuss mit dem Landrat vom Pfaffenhofen unterhalten. Zwei verschiedene Standorte, einer in Baar-Ebenhausen und der andere in Manching, seien im Gespräch und fänden keine Einigung. Nur seitens der Stadt Ingolstadt könne noch ein gewisser Druck ausgeübt werden. Er stimmt Stadträtin Leininger hinsichtlich einer transparenten Kommunikation zu. Ihm stelle sich die Frage, ob mit allen Betroffenen Gespräche stattgefunden hätten und welche Rückmeldungen es von deren Seite aus gäbe. Wenn er sehe, wie viele Turnhallen verlängert werden sollen, dann sei die Situation ausgesprochen schwierig und er könne sich nicht vorstellen, dass dies technisch überhaupt möglich sei. Er stellt allerdings auch als erfreulich fest, wie viele Baumaßnahmen bereits fertig geplant seien. Den Schulbau angesichts der bereits festgelegten Riesensummen zu vernachlässigen, sei übertrieben. Tatsache sei aber auch, dass sich die Stadt hinsichtlich der Einwohnerzahl derartig rasant entwickelt habe, dass die Schulen im Blick auf die Schülerzahlen an ihren Grenzen angelangt seien. An dieser Stelle nun abzuwägen, was wichtiger sei und priorisiert werde, gestalte sich als sehr kompliziert. Er wünscht sich, so schnell wie möglich Rückmeldungen und Informationen zu bekommen, wie die Betroffenen reagiert hätten und ob es dazu Zustimmung gäbe. In der Fraktion seien gestern lange Gespräche über das Thema geführt worden. Er fragt an Herrn Hoffmann gewandt, ob Positionen innerhalb der Liste verschoben werden könnten. An Stadtrat Dr. Schickel gewandt meint er, dass Vorwürfe in dieser Situation nicht helfen würden. Die fast jahrzehntelangen Verzögerungen aus den verschiedensten Gründen würden die Stadt nun einholen. Wichtig sei auch, den Weitblick zu behalten und unerwartete Entwicklungen in der Schullandschaft in die Bewertung mit einzubeziehen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt zu, dass man zu jeder einzelnen Position in der Liste eine kurze Begründung benötige, aus welchem Grund diese zurückgestellt oder priorisiert werden solle. Anschließend müsse mit den Betroffenen kommuniziert werden. Zeitlich sei dies jedoch kaum zu schaffen.

Die Entscheidung sei wirklich nicht leicht, bestätigt Herr Engert und führt weiter aus, dass zahlreiche Gesprächsrunden stattgefunden hätten, in denen man versucht habe, Lösungen zu finden und einen nachvollziehbaren Kostendeckel, der nun auf 53 Mio. Euro pro Jahr festgesetzt worden sei, festzulegen. Die Entscheidungsgrundlage dafür sei die Entwicklung der Schülerzahlen an gewissen Standorten gewesen, die zum Handeln zwingen würden. So könne beispielsweise das Projekt zur Unsernherrner Schule nicht verschoben werden, da andernfalls die Gefahr drohe, Schüler

nicht mehr beschulen zu können. Diese Vorhaben wurden dann priorisiert, erklärt Herr Engert. Als Beispiel führt er die Mittelschule Nordost auf, deren Pläne an einem durchgeführten Bürgerentscheid scheiterten. Infolgedessen habe sich solch ein zeitlicher Druck entwickelt, dass an der Oberhaunstädter Schule gezwungenermaßen ein großes Modulgebäude, welches unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2029/2030 reichen sollte, errichtet werde. Deswegen könne man noch circa zwei Jahre mit dem Bau der Mittelschule Nordost warten. Abgesehen davon gebe es im Gegensatz zu anderen Standorten für das Vorhaben noch kein Grundstück. Hinsichtlich der neuen Realschule habe man immer kommuniziert, diese in das frei werdende Gebäude der Wirtschaftsschule hinein zu gründen. In der Liste seien für die Instandsetzung des Gebäudes 2 Millionen Euro festgesetzt, damit dieses entsprechend gut genutzt werden könne. Derzeit würden sich dort noch eine Realschule und die Wirtschaftsschule befinden, wodurch man an dieser Stelle noch eher ein Zeitfenster zum Verschieben eines Neubaus öffne. Das gehe an anderen Standorten leider nicht. Dies seien unter anderem die Grundlagen der Entscheidungen gewesen, die letztendlich zu der bunten Liste geführt hätten. Herr Engert betont, dass man sich sehr ausgiebig und mit zahlreichen Diskussionen überlegt habe, wie die beste Vorgehensweise zur Erstellung der Liste sei, wohlwissend, dass es sich dabei um schwerwiegende Entscheidungen handle.

Zuallererst habe man im Schul- und Kitabereich schauen müssen, wo die Erfordernisse lägen und an welcher Stelle Kinder beschult und betreut werden müssten, ergänzt Herr Hoffmann. Parallel sei es wichtig, darauf zu achten, sich nicht in Kleinigkeiten zu verlieren und am Ende das vorgegebene Einsparziel erreichen zu können. Es mussten Projekte sein, die auch die Gewähr dafür gaben, wirklich einzusparen. Gerne hätte man mit jedem Gespräche geführt, so Herr Hoffmann. Er sieht die Kommunikationsstrategie als einen ganz wertvollen und wichtigen Hinweis an, sich selbst zu überlegen, wie man mit den Betroffenen sprechen wolle. Alle in der Liste aufgeführten Projekte seien irgendwie wichtig und er könne es absolut nachvollziehen, wenn die Betroffenen aus deren Perspektive ihr Vorhaben als besonders bedeutend herausstellen würden. Deswegen habe man entschieden, das Ganze erst zu kommunizieren, wenn man einen entsprechenden Plan entwickelt habe. Es gebe keine starre Matrix. Stattdessen seien die Kriterien teilweise fließend, weswegen sich eine genaue Erläuterung schwierig gestalte. Herr Hoffmann weist auf das Theater hin, das mit einer Summe von 110 Millionen Euro immer noch Bestandteil der Liste sei. Die Höhe der Kosten sei aber deutlich geringer, als man annehmen könne. Natürlich könnte man für das Theater sehr viel mehr Geld ausgeben, aber die Kosten müssten

gedeckelt werden, was man mit den 110 Millionen Euro gemacht habe. An Stadtrat Dr. Schuhmann gewandt, stellt er klar, dass der dunkelgrüne Bereich die sich in der Bauausführung befindenden Baumaßnahmen kennzeichne. Die Ballspielhalle Münchener Straße befände sich im grünen Block, da sie bereits fertig gebaut sei. Beim Reuchlin-Gymnasium handle es sich um ein Projekt mit drei Bauabschnitten, weshalb eine eventuelle Verschiebung möglich wäre. Es sei aber das einzige Vorhaben, bei dem dies machbar sei. Im Prinzip seien alle dunkelgrün markierten Projekte gesetzt und in der Bauausführung. Es sei nicht sinnvoll, diese nicht auch fertigzustellen.

Fakt sei, der Stadtrat habe einen Entschluss gefasst und man müsse sparen, stellt Stadträtin Hagn fest. Fakt sei auch, dass Entscheidungen gefällt werden müssten und man dazu eine entsprechende Entscheidungsgrundlage brauche. Die Liste sei hierfür ein erster Versuch. Als sich die Ausschussgemeinschaft FDP/JU gestern das erste Mal damit beschäftigt habe, sei festgestellt worden, dass man sich auf Grundlage der Vorlage und der Liste schwertue, dem zuzustimmen und darüber zu entscheiden. Sie könne sich ihren Kollegen dabei nur anschließen. Ihnen habe die Berücksichtigung von Förderungen beziehungsweise welche Verschiebungen vielleicht förderschädlich seien, gefehlt. Stadträtin Hagn stellt die Frage, ob dies mit in die Priorisierung miteingeflossen sei. Des Weiteren interessiert sie, ob auch der Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigt worden sei. Als Beispiel führt sie das Apian-Gymnasium auf, welches jedes Jahr enorme Energiekosten verursache. Möglicherweise sei es nachhaltiger, die Sanierung jetzt anzugehen, als sie zu verschieben. Schließlich erspare man sich zukünftig hohe Kosten. Man habe sich extrem hohe Nachhaltigkeitsziele gesetzt. In der Stadt laufe gerade eine Kampagne zur Klimaneutralität 2035, die Stadträtin Hagn als sehr positiv herausstellt. Trotzdem fragt sie sich, wie sich das letztlich mit den Verschiebungen der Generalsanierungen vereinbaren lasse.

Herr Hoffmann teilt mit, dass er keine sofortige Zustimmung ohne kritische Würdigung zur Vorlage erwartet habe. Schließlich habe man sich bei der Erstellung der Liste schon nicht leichtgetan. Wenn das Geld endlich sei, müsse man diese Wünsche gezwungenermaßen in eine Reihenfolge bringen. Die Rückmeldungen aller Nutzer mit auf den Weg zu geben, werde man in diesem Sitzungslauf leider nicht schaffen. Auch in der Vorbereitung wäre dies aus zeitlichen Gründen und den gesteckten Terminzielen nicht möglich gewesen. Die Kommunikation mit den Betroffenen sei der nächste Schritt. Die Förderschädlichkeit sei durchaus untersucht und mitbedacht worden, antwortet er an seine Vorrednerin. So würden der Verwaltung keine Fördermittel

entgehen, die man später nicht bekäme. Es sei regelmäßig so, dass man die FAG-Förderungen nutze, über die auch der Schulbau mitfinanziert werde. Wenn zum Beispiel beim Reuchlin-Gymnasium ein Bauabschnitt verschoben und damit später gebaut werde, könne eine neue Förderung eingereicht werden. Die Quadratmeterpreise, die man beim erstmaligen Förderantrag aufgerufen habe, seien um ein Vielfaches geringer, als die heutigen. Somit sei ein neuer Förderantrag sogar deutlich besser, da man heute pro Quadratmeter mehr bekomme. Wenn kein neuer Antrag gestellt werden würde, erhalte man die damals mit der Genehmigung zugesagte Förderung. Verlorene Förderungen gebe es, außer eventuell im Bereich der Nachhaltigkeit, bei dem möglicherweise nur derzeit ein Förderprogramm laufe, nicht. Herr Hoffmann geht aber fest davon aus, dass neue Förderprogramme aufgelegt werden würden und dass die Nachhaltigkeit in Zukunft noch mehr an Förderung zunehmen werde, als es bisher der Fall sei. Ansonsten würden die Bundesrepublik Deutschland, Bayern und die Stadt Ingolstadt ihre Ziele nicht erreichen, prognostiziert er. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit führt er aus, dass es natürlich nachhaltiger und etwas kostengünstiger wäre, wenn die geplante Generalsanierung auch zu dem festgesetzten Zeitpunkt durchgeführt werden würde. Allerdings habe man die Summe nur überschlagen. Das wiege nicht das auf, was kurzfristig eingespart werden müsste. Die kurzfristigen Einsparungen müssten dem kurzfristigen Nutzen gegenübergestellt werden. Auf lange Sicht würde sich die Projekte durchaus amortisieren. Jedoch spreche man von einem Zeitraum der nächsten drei Jahre, in denen die Einsparungen erfolgen müssten, erklärt er.

Hinsichtlich der Gymnasien wolle Stadtrat Reibenspieß ein wenig Druck ausüben und bezieht sich auf die Aussage seitens Herrn Engert, dass man nochmal auf die Zahl der Schüler aus der Region, die man an Ingolstädter Schulen habe, verweisen müsse. Dass man die Schüler der umliegenden Landkreise Ingolstadt nicht mehr beschulen könne, weil man selbst den Bedarf habe und die Region sich zu wenig um den Bau neuer Schulen kümmere, sehe er nicht als Drohung. Das sei keine Option. So könnten zum Beispiel Schüler, die kurz vor dem Abschluss stünden, nicht von einem Schuljahr auf das andere in eine andere Schule versetzt werden. Nichtsdestotrotz müsse den Landkreisen aufgezeigt werden, dass sie eine größere Anzahl an Schülern aufnehmen zu haben. Schließlich würde Ingolstadt seine Kapazitäten selbst brauchen. Wenn man Schulen baue, gerate man immer wieder relativ schnell an die Kapazitätsgrenzen, sei Stadtrat Reibenspieß aufgefallen. Wenn neue Schulhausbauten realisiert werden, könnten eventuell schon zusätzliche Klassenzimmer, notfalls auch ohne Förderung, miteingeplant werden, sodass man einen gewissen Puffer

habe, schlägt er vor. Schließlich würde Ingolstädters Einwohnerzahl stetig wachsen. An Herrn Fleckinger gewandt, fragt er, inwieweit sich die Haushaltskürzungen auf die sich in der Bauausführung befindlichen Schulen, eventuell auch deren Ausstattung, auswirken würden.

Herr Engert geht im Folgenden auf die Gymnasien ein und stellt klar, dass kein Schüler von solch einer Schule verwiesen werde. Es gehe um die Neuaufnahmen; darum, wie viele Kinder die Gymnasien neu aufnehmen könnten und ob alle Schüler aus den Landkreisen, die sich melden würden, noch einen Platz bekämen, betont er. Die Landkreise müssten beim Schulbau entsprechend schnell vorankommen, wobei sich Eichstätt diesbezüglich sehr bemühe. Das Zweckverbands Gymnasium in Gaimersheim mache schnell Fortschritte. Schulräume zu bauen, die im Moment nicht benötigt würden, hält Herr Engert für ausgesprochen schwierig. Vor allem deshalb, weil man bereits relativ große Schulen baue. Diese Thematik sei schon verschiedentlich diskutiert worden. Dass die Mittelschulen, wie die Mittelschule Südost, Friedrichshofen oder Nordost noch größer sein sollen, um eventuelle Kapazitäten für die Zukunft zu schaffen, könne er sich nicht vorstellen. Wenn sich herausstellen sollte, dass die Schülerzahlen weiterwachsen würden, dann würden weitere Schulen benötigt werden. Aber die Größe der Schulen habe unter anderem auch aus pädagogischer Sicht eine Grenze.

Herr Fleckinger bestätigt Stadträtin Leininger, dass kleinere Maßnahmen weiterhin fortgeführt würden. Diese Maßnahmen würden dem Bauunterhalt im Verwaltungshaushalt zugerechnet werden. Auch hier werde man weiterhin alle erforderlichen Mittel, soweit die Maßnahmen organisatorisch umsetzbar seien, einsetzen. Weiter, so Herr Fleckinger, sei ein Kommunikationskonzept für alle Beteiligten geboten, um die entsprechenden Informationen setzen zu können. Zum Thema Einsparungen führt er aus, dass er die Thematik der Planansätze und deren Bewirtschaftung im Investitionshaushalt seit vielen Jahren begleite. Jedes Jahr würden im mittleren zweistelligen Millionenbereich Ausgabereste zur Übertragung in das nachfolgende Jahr angemeldet. Jahr um Jahr berichte man über den Verfahrensfortgang im Finanzlagebericht und versuche, punktschärfer zu werden und wirklich realisierbare Projekte abzubilden, damit nicht sämtliche Planvorhaben bzw. Zukunftsprojekte in der Liste angeführt würden, obgleich deren reale Umsetzung terminlich nicht möglich seien. Natürlich könne die Liste auf 450 Millionen Euro ausgeweitet werden, aber dies sei baulich nicht umsetzbar. Herr Hoffmann habe in der bunten Liste der besseren Transparenz

wegen nun auch die Projektleitungen und die zuständigen eingeteilten Sachbearbeiter mit hinterlegt. Es handle sich hier um kein Sparprogramm, sondern was überhaupt mit der Unterstützung, zum Beispiel der INKoBau für bestimmte Sonderbauten, Feuerwehrhäuser, Stadttheater und dergleichen, noch umsetzbar sei. Wenn Herr Fleckinger an die letzten Ausgabereste im Hoch- und Tiefbaubereich denke, die zwischen 50 und 60 Millionen Euro lagen, die nicht verbaut worden seien und ins Folgejahr gezogen wurden, weil die Planungsläufe mit Ausschreibungsverfahren und ähnlichem anstanden, dann handle es sich bei der Aufzählung hier um kein Sparprogramm, betont er. Sondern es sei ein Programm aller priorisierten und notwendigen Maßnahmen, bei denen darauf geachtet worden sei, an welcher Stelle der Bedarf am größten sei; finanziell und personell hinterlegt. Der interne Rahmen von 350 Millionen Euro werde knapp unterschritten. So seien 2 oder 3 Millionen Euro noch offen. Zugunsten des Hochbaus habe man aus dem Tiefbaubereich viele Millionen abgezogen und umgeschichtet, um die Maßnahmen, die auch personell hinterlegt seien, abarbeiten zu können. Auch bei sonstigen Bereichen im Investitionshaushalt habe man in der Mittelfristplanung bis zum Jahr 2027 Millionenbeträge herausgelöst, um diese notwendigen Maßnahmen dem Stadtrat vorlegen zu können. Die Kommunikation und Begründung sei das eine, aber die realistische Umsetzung das andere. Er sei davon überzeugt, dass in den nächsten Jahren möglicherweise zwar wieder Ausgabereste anfielen, jedoch nicht mehr in der besagten Höhe. Die Umsetzung sei zeitlich ambitioniert, meint er an Herrn Hoffmann gerichtet. Er bekräftigt nochmals, dass es für ihn kein hartes Sparprogramm darstelle. Schließlich habe man Investitionen in der Größenordnung von über 60 Millionen Euro jährlich, die als realistisch eingestuft werden, um umgesetzt werden zu können. Er verweist auf die Jahresrechnungsberichte. In den Jahren 2025 bis 2028 liege man zum Teil mit Ausgaberesten bei circa 32 Millionen Euro Durchsatz. Er bittet nochmals darum, diese Liste nicht als hartes Spar-, sondern als realistisches Programm anzusehen, welches über intensivste Diskussionen und Abstimmungsrunden mit sämtlichen Bereichen abgestimmt worden sei. An Stadtrat Reibenspieß gewandt erklärt Herr Fleckinger, dass begonnene Maßnahmen weiter umgesetzt, finanziert und abgewickelt werden. Man versuche mit der Zustimmung des Stadtrates bei unvorhergesehen Kostenerhöhungen während der Bauausführung die Finanzmittel bereitzustellen. Er gibt Stadtrat Dr. Schuhmann recht, dass die Vorlage mit den Ausführungen der beiden Referenten Herrn Engert und Herrn Hoffmann noch ein wenig ergänzt werden sollte. Allerdings sei es an sich eine umsetzbare und runde Geschichte. Natürlich sei es schwierig, weil Prioritäten gesetzt werden müssten. Gegebenenfalls müsse nachgesteuert werden, wenn dies der

Wunsch des Stadtrates sei, aber er selbst sehe weder in der Umsetzung, noch im Finanzrahmen große Spielräume.

Stadträtin Leininger bezieht sich auf das von Herrn Hoffmann verwendet Beispiel des Reuchlin-Gymnasiums, das verschoben werden könnte. In dem dortigen Bau West würden viele Dinge schon lange nicht mehr funktionieren. Die sogenannte Pinselsanierung sei an dieser Stelle falsch und führe zu nichts. Die Lehrer könnten in diesem Bau nicht störungsfrei unterrichten. So falle beispielsweise immer wieder das WLAN aus und auch der Computerraum im Keller funktioniere nicht einwandfrei. Deswegen sei es umso wichtiger, dass man sich bei diesen großen Posten nicht nur die Summen anschau, sondern auch die Gegebenheiten vor Ort. Schließlich müsse ohne Störungen unterrichtet werden können und es könne so nicht noch zehn Jahre weitergehen. Das müsse gewährleistet werden, betont sie. Für die größeren Bauprojekte der Liste benötige man bessere Argumente und Informationen, um entsprechend entscheiden zu können.

Das WLAN werde man so herstellen, dass es funktioniert, sagt Herr Hoffmann seiner Vorrednerin zu. Eine Pinselsanierung bedeute nicht, dass jemand mit dem Farbeimer komme und dort streiche, sondern es müssten auch Rückbauten passieren. Zum Beispiel würde das ansteigende Gestühl, das von den Fachräumen noch übrig sei, in der Weise nicht mehr benötigt. Dabei handle es sich nur um einen Holzeinbau auf einer glatten Betondecke, dessen Rückbau problemlos funktioniere. Des Weiteren müssten die Fenster einer Prüfung unterzogen werden, um zu sehen, ob diese noch dicht seien. Da befinde man sich jedoch eher im Bauunterhalt, der einen Sollzustand wiederherstelle. Er betont nochmals, dass man es zeitlich nicht schaffen werde, die gewünschte Kommunikation in diesem Sitzungslauf mit allen zu führen. Auch im Hochbauamt seien einige Stellen immer noch unbesetzt, informiert er. Insofern hätten diese erstmal besetzt werden müssen, um den ursprünglichen Umfang der Projekte abarbeiten zu können. Dies wäre eine große Herausforderung geworden.

Was jetzt als Investitionsprogramm in die Haushaltsbeschlussfassung im Februar Eingang finden wird und soll, sei der grün markierte Bereich der vorliegenden Liste, erklärt Herr Fleckinger. Dabei handle es sich um die Projekte, die sich bereits in der konkreten Planung oder Umsetzung befänden. Nur diese Bereiche würde man nun in dieser Summe in den Haushalt einstellen. Um Transparenz zu schaffen, solle die bunte Liste dem Haushalt als Anlage beigefügt werden. Mögliche Abstimmungen zu

Planungsveränderungen oder Verschiebungen für die nächsten Haushaltsjahre könnten im Laufe des Jahres 2024 noch vorgenommen werden. Das heiße, dass die gelb und rot gesetzten Bereiche der Liste keinen Eingang in die Haushaltsbeschlussfassung fänden. Insoweit beständen durchaus Nachbereitungsmöglichkeiten; auch in der Kommunikation. Was mal in der Liste stehe und veröffentlicht sei, werde immer zur Diskussion führen, aber das Investitionsprogramm sei der grüne Bereich. Dieser werde dem Stadtrat zur Beschlussfassung im Februar vorgelegt werden. Für die Verwaltung sei wichtig, seitens des Stadtrates ein Signal zu bekommen, was in den Haushalt eingestellt werden könne und in welche Richtung man weiterarbeiten solle, bittet Herr Fleckinger. Der Rest könne dann in den nächsten Monaten im Jahr 2024 weiter diskutiert und abgestimmt werden. Dann herrsche auch weniger Zeitdruck. Bis dahin gebe es jedoch noch einige festgesetzte Termine. Im Dezember, spätestens im Januar 2024, müssten alle Zahlen vorgelegt werden, damit diese in der Kämmerei weiter verarbeitet und der Haushalt aufgestellt werden könne. Der Stadtrat habe einen Vorlauf von mindestens zwei Fraktionssitzungen zur Beratung des Haushalts und die Verwaltung habe Urlaubszeiten und fahre jetzt schon Sonderschichten. Auch die anderen Referate seien immer noch dabei, die Einsparvorschläge von circa 10 Millionen Euro, vorzubereiten. Infolge der genannten Gründe bestehe ein enormer zeitlicher Druck. Wenn die Termine nicht eingehalten werden können, gebe es im Februar auch keinen Haushalt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll denkt, dass die grün gesetzten Themen, die unstrittigen seien und beschlossen werden könnten. Die anderen Projekte könnten noch im Einzelnen diskutiert werden.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.

Beratend

- 12 . **Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH:
Ausübung der Gesellschafterrechte zum Wirtschaftsplan 2024
einschließlich Mittelfristplanung 2025 bis 2027
(Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Herr Engert)
Vorlage: V1030/23**

Antrag:

1. Der Wirtschaftsplan und die Betrauung der Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2023 wird fortgeschrieben und ein um TEUR 21 erhöhter Kostenersatz durch die Stadt Ingolstadt von TEUR 1.222 gewährt.

2. Die überplanmäßigen Ausgaben bei der Haushaltsstelle 342000.700000 (Betriebskostenzuschüsse GKO) i. H. v. 21.000 Euro werden genehmigt. Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt über die Haushaltsstelle 817000.715200.
3. Der Stadtrat betraut die Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH mit den dem Wirtschaftsplan zugrunde gelegten Leistungen und genehmigt hierfür einen Aufwandsersatz durch die Stadt Ingolstadt für 2024 von TEUR 1.244.
4. Hinsichtlich der Mittelfristplanung 2025 bis 2027 wird die Geschäftsführung beauftragt zur Vorberatung über die Höhe des künftig von der Stadt Ingolstadt im Rahmen des Betrauungsakts zu leistenden Aufwandsersatzes Einsparpotenziale von TEUR 300 p.a. aufzuzeigen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erinnert an den enormen Diskussionsbedarf der vergangenen Wochen zum Georgischen Kammerorchester Ingolstadt (GKO). Leider sei nun ein erhöhter Kostenansatz mit einer Summe von 21.000 Euro entstanden. Es bestehe ein Unikum, da die Kämmerei eine förmlich ablehnende Stellungnahme zu diesem Thema abgegeben habe. Unabhängig davon stünden die musikalische Qualität und der Wert des GKO außer Frage. Man habe für die Mittelfristplanung den Auftrag geben wollen, Einsparpotenziale zu benennen, mit dem Zusatz, dass letztlich der Stadtrat darüber entscheiden müsse. Man habe bei allen Beteiligungen dieses Prozedere, weshalb auch das GKO davon nicht verschont bleibe.

Für das Kalenderjahr 2023 sei tatsächlich eine Überschreitung der Vorausplanung in Höhe von 21.000 Euro enthalten, erklärt Herr Breyer. Diese entstehe zum einen durch verminderte Einnahmen. Zwar würden die Einnahmen grundsätzlich betrachtet sehr positiv ausfallen, allerdings betreffe das Bereiche, wie z. B. die besonderen Konzerte, die wiederum sehr hohe Aufwände verursachen würden. Als Beispiel führt er die Opernkooperation mit dem Stadttheater an, die in vielerlei Hinsicht eine große Produktion mit hohen Aufwänden gewesen sei. Das sehe man spiegelbildlich an den bezogenen Leistungen. Des Weiteren seien gerade im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen Mehrkosten angefallen, die er so nicht habe vorhersehen können. Im Gebiet Werbung und Öffentlichkeitsarbeit habe man den Etat überschritten, weil dies zum Bewerben der Abonnements und Kartenverkäufe benötigt wurde. Zum anderen hätten aber auch die Mieten für das Konzertbüro eine deutliche Steigerung erfahren, weil es sich um einen Indexmietvertrag handle. Des Weiteren gäbe es im EDV-Bereich und bei der Finanzbuchhaltung Kostensteigerungen, die man auch planerisch nicht abwenden könne, sondern einfach anfallen würden. Im Prinzip habe man nur das Eigenkapital als Puffer, da sonst keine Überschüsse produziert werden

können, meint Herr Breyer und führt weiter aus, dass er deswegen in seinen Erwartungen vorsichtig sei. Trotzdem hofft er, die Summe von 21.000 Euro nicht zu benötigen. Trotz der erheblichen Tarifsteigerungen bei den Musikern und in der Verwaltung bemühe man sich, den Plan für das Jahr 2024 einzuhalten. Das könne dadurch erreicht werden, dass nicht alle Stellen, die im Stellenplan enthalten seien, tatsächlich besetzt werden. Das betreffe den Bereich der Musiker, in dem es je einen Teilzeitbeschäftigten für die Geige und als Konzertmeister gebe, und auch die sonstige Verwaltung, in der im Marketing- und Pressegebiet deswegen eine halbe Stelle nicht besetzt wurde, und die er auch in Zukunft nicht zu besetzen plane. Nichtsdestotrotz sehe man für die Jahre 2025 und 2026 bei den Personalkosten eine andere Entwicklung, als im Jahr vorher prognostiziert worden sei. Ursächlich dafür seien u. a. die zu erwartenden Tarifsteigerungen. Auch der Mehraufwand habe seinen Grund, da der Fortschritt bei den Gastspielen und dem Sponsoring langsamer und damit die Erträge geringer gewesen seien als erwartet. Zwar sei die Opernkooperation ein Erfolg gewesen, jedoch sei diese noch nicht verstetigt. Mit der neuen Intendanz habe man das Ziel, solche Koproduktionen oder auch eine pro Saison zu planen. Allerdings befinde man sich diesbezüglich noch in der Anfangsphase, so Herr Breyer. Aufgrund der aufgeführten Gründe habe er die Vorausplanung, auch was die Einnahmen betreffe, etwas vorsichtiger angesetzt. Einsparmaßnahmen habe man zum Beispiel im Bereich der Werbung und der Öffentlichkeitsarbeit bereits geplant, damit die Ausgabenerwartungen deutlich gesenkt werden. Auch Einschnitte nehme man dabei vor. Gleichzeitig solle, wenn möglich, die gute Entwicklung von fast 25 Prozent mehr Karten im Abonnement fortgesetzt werden. Die Maßnahmen, die sich als besonders erfolgreich erwiesen hätten, seien auch für die Zukunft geplant. Statt analoger solle mehr auf digitale Werbung gesetzt werden. Das ältere Publikum könne über die Abonnements und das Jüngere über digitale Werbung erreicht werden. Durch die Publikationen in der „Flugschrift“ sei das GKO im Printbereich relativ gut aufgestellt. Im Wesentlichen gebe es nicht viele Gebiete, in denen Gestaltungsspielraum für Einsparungen bestünde. Wenn mehr eingespart werden müsse, müsse man beim Personal anfangen. Im künstlerischen Etat plane man bereits für das Jahr 2025, was sich in der Beschlussvorlage noch nicht abbilde. Würden beim künstlerischen Etat von den hier angesetzten Kosten für bezogene Leistungen bereits 40.000 Euro gestrichen, befinde man sich ungefähr wieder auf dem Stand von 2016 bzw. 2017. Das habe zur Folge, sich die bekannteren Solisten auf diese Weise nur noch selten leisten zu können. Natürlich sei es möglich, mit diesem Geld ein Programm aufzustellen, jedoch werde dieses anders als bisher und hoffentlich nicht uninteressanter sein, hofft er. Wenn im künstlerischen Bereich noch weitere Einsparungen erfolgen sollen, müsse er ein neues sog. Baukastenkonzept

aufstellen und darüber nachdenken, weniger Konzerte zu veranstalten, erklärt Herr Breyer. Schließlich mache es wenig Sinn, für die gleiche Anzahl der Konzerte noch weniger künstlerisches Budget anzusetzen. Im Bereich der Werbung sei es ähnlich. Natürlich könnte man ausschließlich auf das Abonnement und die sonstige mündliche Kommunikation bzw. kostenlose PR über den Donaukurier setzen. Ob dann der Erfolg und der Wunsch, mehr jüngeres Publikum anzusprechen, erreicht werden könne, sehe er kritisch. Hinsichtlich des Personals bestehe nach der derzeitigen Rechtslage keine Möglichkeit einzusparen. Die einzige Option bestehe darin, frei werdende Stellen nicht nachzubeseetzen. Ansonsten bleibe nur ein freiwilliger Gehaltsverzicht. Er betont, wie wichtig die Förderung durch den Freistaat Bayern sei und hebt die Unterstützung der CSU-Stadtratsfraktion hervor. Das Georgische Kammerorchester Ingolstadt ist das Orchester unter den nichtstaatlichen Orchestern, welches mit Abstand am wenigsten Förderungen, nämlich 20 Prozent, erhalte. Alle anderen nichtstaatlichen Orchester würden zwischen 40 und 50 Prozent erhalten oder teilweise sogar darüber liegen. Wenn man das erreiche, würde das einen erheblichen Förderzuwachs und gegebenenfalls eine Entlastung für die Stadt Ingolstadt darstellen. Zum Erreichen des Ziels gebe es bereits eine Initiative. Ende der Woche wolle man sich mit Kollegen, die auch im Landtag vertreten seien, dazu zusammensetzen. Nichtsdestotrotz bleibe die Lage des GKO mit den aufgezählten Gründen für die Kosten von 21.000 Euro so, sodass die Eigenwirtschaftlichkeit besser sei, als bei vielen anderen. Er hebt die Bedeutung und Wirkung dieses Orchesters mit seinen Abonnement-, Kinder- und Jugend-, Schul- und bis hin zu Babykonzerten hervor. Die Orchestermusiker würden auch Individualunterricht erteilen. Das GKO sei ein wichtiger Punkt für die Lebensqualität Ingolstadts. Herr Breyer bietet an, in die Fraktionen zu kommen und die Situation des GKO nochmal detaillierter darzustellen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass das Georgische Kammerorchester nicht nur innerhalb Ingolstadts wichtig sei. Sie selbst sei neulich in Kragujevac gewesen. Dort hätten Orchestermusiker anlässlich des Gedenktages ein Konzert gegeben. Das zeige, dass das GKO auch ein Botschafter über die Stadtgrenzen hinaus sei.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -

